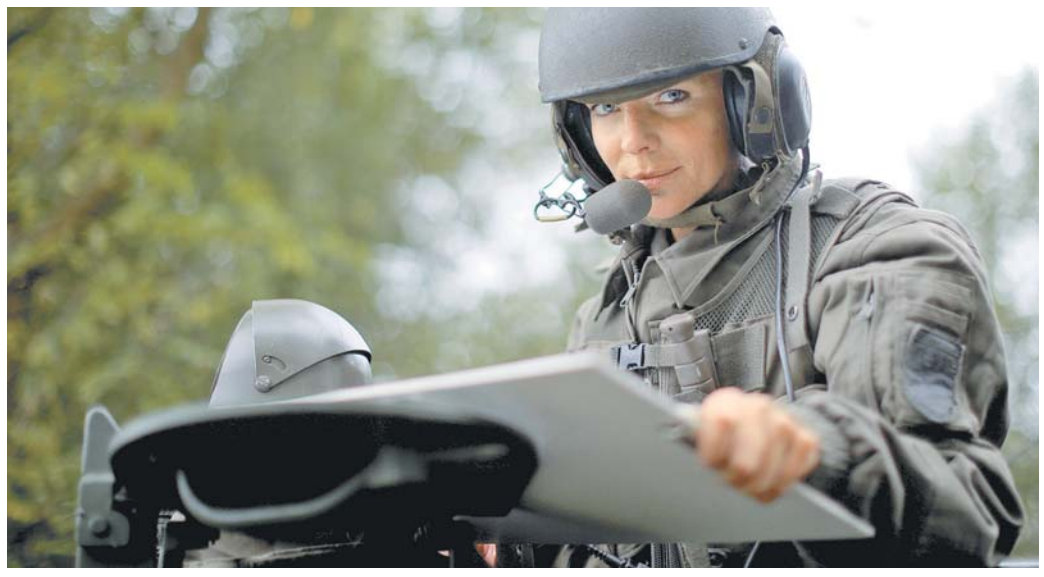
„Wehrdienst ist zu kurz“

Volksbefragung: Sicherheitsexperten orten in jedem Fall Handlungsbedarf.

JOHANNES HUBER
E-Mail: johannes.huber@vn.vol.at
Telefon: 01/3177834-10
Twitter: @Joh_Huber



Frauen zum Heer? Wachtmeisterin Christine Koller dient freiwillig bei der Artillerie-Beobachtung. FOTO: APA

WIEN. Gerhard Mangott, Professor für Internationale Politik an der Uni Innsbruck, ist über die Heeresdebatte nicht glücklich: „Von meinen Kollegen im Ausland wird es als grotesk angesehen, dass man die Wehrpflicht-Frage vor dem Hintergrund diskutiert, ob der Zivildienst weiterhin funktioniert.“ Der entscheidende Punkt werde ausgeklammert: Was ist militärisch notwendig?

Als Sicherheitsexperte kann Mangott eine Antwort dazu beitragen: „Die alte Territorialverteidigung spielt keine Rolle mehr.“ Nachsatz: „Das war ein wichtiges Argument für die Wehrpflicht.“ Als neue Gefahren bezeichnet der Tiroler u. a. Terrorismus und damit etwa Angriffe auf Kraftwerke, Fragen des Grenzschutzes und der Migration. Militärische Einsätze in diesem Zusammenhang seien „hochkomplex“ und erforderten gut ausgebildete Soldaten. Dabei müsse es sich nicht unbedingt um Profis handeln. Aber: „Die allgemeine Wehrpflicht mit der kurzen Dauer (sechs Monate) ist nicht geeignet dafür. Wahrscheinlich wären an die zehn Monate notwendig.“

Argumente dafür und dagegen

Heinz Gärtner, Professor am Institut für Internationale Politik in Wien, leitet aus der Sicherheitsstrategie, die SPÖ und ÖVP fixiert, im Parlament aber dann doch nicht beschlossen haben, „eher eine Berufsarmee“ ab: „Der zentrale Satz lautet, dass es auf absehbare Zeit keine konventionelle Bedrohung gibt für Österreich; das heißt, dass man kein Massenheer braucht.“ Und für die neuen Aufgaben? Beispielsweise für Sicherungsmaßnahmen im Falle eines Anschlags? Gärtner: „Die Vorstellung, dass man vor jeden kritischen Punkt zehn Wehrpflichtige stellt und dadurch gegen terroristische Angriff geschützt ist, ist überholt.“ Dennoch sieht auch er ein Argument, das für die Wehrpflicht spricht: Sie erleichtere es dem Bundesheer, Nachwuchs zu rekrutieren. Bei einem Berufsheer sei das schwerer.

36 Tage bis zur Volksbefragung

„Systemfrage zweitrangig“

Franco Algieri, Direktor des österreichischen Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik in Maria Enzersdorf bei Wien, erachtet die Frage nach dem Wehrsystem als „zweitrangig“: „Vielmehr bedarf es eines grundsätzlichen Verständnisses dafür, wozu militärisches Engagement im 21. Jahrhundert dienen soll.“ Darüber müsse man sich im europäischen Kontext einmal klar werden. Erst dann könne festgelegt werden, welche Fähigkeiten die Mitgliedstaaten haben sollen. Und ob sich ein Land schließlich „der Wehrpflicht oder der Berufsarmee verpflichtet sieht, ist zweitrangig“, so Algieri im Gespräch mit den VN.

Auch Frauen zum Heer?

Gerhard Mangott von der Uni Innsbruck sieht für den Fall ihrer Beibehaltung indes nicht nur die Notwendigkeit, die Wehrpflicht zu verlängern; sie sollte auch für Frauen gelten: „Wenn man sagt, die Wehrpflicht hat eine wichtige Integrationsfunktion, sollte man auch Frauen miteinbeziehen. Es kann nicht sein, dass das nur eine Frage junger Männer ist.“ Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hatte im VN-Interview gesagt, solange die allgemeine Gleichstellung nicht erreicht sei, sei eine Wehrpflicht für Frauen kein Thema. Die Männerpartei reagierte gestern darauf und forderte vier Monate Wehrpflicht für Männer - und für Frauen.

Für oder gegen die Wehrpflicht?
Schreibt uns eure Meinung!
www.facebook.com/VorarlbergerNachrichten

ÖVP lehnt Berufsheer als „Abenteuer“ ab

WIEN. Die ÖVP bekräftige gestern nach einer Vorstandssitzung ihr „Nein“ zum sozialdemokratischen Berufsheer-Modell: Seine Partei wolle „kein Abenteuer“, sondern setze auf „Bewährtes“, so Bundesobmann Michael Spindelegger. Gleichzeitig sprach er sich für einen attraktiveren Grundwehrdienst aus: „Ich will einen Grundwehrdienst ohne Leerläufe.“ Details will die Partei nach der Volksbefragung am 20. Jänner präsentieren.

SPÖ-Klubchef Josef Cap kritisierte prompt, es sei „ziemlich undurchsichtig, was die ÖVP vorschlägt“.

Heeresaufgaben. Wo das Bundesheer gefordert ist

Landesverteidigung

Aufgrund der Neutralität ist Österreich verpflichtet, wehrfähig zu sein. Aber: „Konventionelle Angriffe auf Österreich sind auf absehbare Zeit unwahrscheinlich geworden“, so die Sicherheitsstrategie, die SPÖ und ÖVP vereinbart, letztlich aber nicht beschlossen haben.

Internationale Einsätze

Seit 1960 haben mehr als 90.000 österreichische Soldaten an über 50 internationalen Einsätzen teilgenommen. Am bekanntesten sind die Blauhelme, die im Libanon und auf dem Golan stationiert sind. Rund 600 Soldaten sind zurzeit auf dem Balkan tätig.

Katastrophenschutz

Immer wieder wird das Heer zu Assistenzeinsätzen gerufen. Beim Hochwasser 2002 an der Donau waren mehr als 10.000 Soldaten im Einsatz. Befürwortern gilt das als starkes Argument für die Wehrpflicht. Der Verteidigungsminister meint, das auch mit Profis zu schaffen.

Terrorismusbekämpfung

Kriege werden nicht mehr nur auf dem Feld geschlagen. „Cyberattacken“ können Netzwerke und damit ganze Länder lahmlegen. Terroristen könnten „kritische Infrastruktur“ (Kraftwerke, Raffinerien, etc.) gefährden. Vor allem in Ernstfall wäre das Heer gefordert.

Wochenkommentar

Andreas Dünser

Kleinlaut im Landtag

Konflikt nur des Konfliktes wegen ist nichts. Aber Konsens nur des Konsenses wegen ist auch keine Spur besser. Und in diesem Sinne war die heurige Budgetsitzung skurril. Blau und Grün wanden sich regelrecht in dem Bemühen, ihre Zustimmung zum Landesbudget rechtfertigen zu können. Nun fand Grünen-Chef Rauch wenigstens ansatzweise noch eine Handvoll kritischer Worte für die Schwarzen. FPÖ-Chef Dieter Egger war da weniger penibel - ihm kam in seiner Budgetrede gleich gar nichts Kritisches über die Lippen.

> Blaue und Grüne winden sich, um ihre Zustimmung zum Budget zu erklären - und Ritsch lacht.

Über die Beweggründe beider muss gar nicht erst gerätselt werden. Ihre Zustimmung ist nichts anderes als eine koalitionäre Vorleistung. Das Ja zum Budget ist Konsens statt Konflikt, aus purem Kalkül, nicht aus Sympathie zur Volkspartei oder zu deren Politik.

Was in der Zukunft Erfolg bringen mag, schadet beiden Politikern aber in der Gegenwart - in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch parteiintern. Die grüne Basis ist beispielsweise traditionell kritisch, was Zugeständnisse an Regierende betrifft. Zumal sich Rauch mit einer sanfteren Politik vor der Wahl 2009 schon einmal verkalkuliert hatte. Und die blaue Basis bekommt nicht das, was Egger vor Kurzem noch am FPÖ-Parteitag vollmundig versprochen hatte - „ein Regulativ“ im schwarzen Vorarlberg zu sein. Am Parteitag hatten die Blauen angekündigt, 2014 die Absolute der ÖVP „schlachten“ zu wollen - und im Landtag trägt das selbst ernannte „Regulativ“ das Budget und damit die gesamte Politik der Volkspartei kleinlaut mit. Das Budget, und da können Rauch und Egger Ausflüchte finden, so viele sie wollen, ist die in Zahlen gegossene Politik der Mehrheitsfraktion. Das Budget ist kein Zugeständnis an die Opposition.

Was den einen schadet, nützt freilich den anderen. Mit ihrem Schmusekurs ersparten Rauch und Egger den Schwarzen eine scharfe Debatte über all die Skandale und Affären im Jahr 2012. Diverse ÖVP-Politiker konnten sich deshalb im Landtag ein breites Grinsen nicht verkneifen. Am meisten gelacht hat an diesem Tag aber Michael Ritsch - der SPÖ-Chef wurde von Egger und Rauch ohne Not zum Oppositionspolitiker 2012 gekürt. Ritsch nahm die Wahl dankend an und machte im Plenum aus seiner Aversion gegenüber schwarzem Gedankenguts keinen Hehl. Der Bregenzer muss sich da nicht weiter verbiegen. Er sucht den Konflikt, nicht den Konsens. Aber er ist wenigstens einer, der sich nicht einkochen lässt.

andreas.duenser@vn.vol.at, 05572/501-327

Karikatur

... der Morgen danach!

SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT

Finanzreferent Brenner geht

SALZBURG. Der in Salzburg aufgeflogene Spekulationsskandal mit verzockten Steuermillionen hat sein erstes politisches Opfer gefordert: Der sozialdemokratische Finanzlandesrat David Brenner kündigte gestern Nachmittag in einer Pressekonferenz seinen Rücktritt an. Vollziehen will er diesen am 23. Jänner. Bis dahin will er Aufklärungsarbeit leisten. Eine Referatsleiterin seiner Behörde soll in den vergangenen zehn Jahren 340 Millionen Euro verspekuliert haben.

Lieberman scheidet aus

JERUSALEM. Knapp sechs Wochen vor der Parlamentswahl in Israel erklärte Außenminister Avigdor Lieberman seinen Rücktritt. Er sei nach seiner Anklage in einer Affäre um Begünstigung nicht zum Rücktritt verpflichtet, werde aber dennoch ausscheiden, so Lieberman gestern. Er wolle noch vor der Wahl im Jänner seinen Namen von den Vorwürfen reinwaschen. Regierungschef Benjamin Netanjahu wird vorübergehend auch Liebermans Aufgaben übernehmen.

Magere Bilanz des EU-Gipfels

BRÜSSEL. Nach Abschluss des EU-Gipfels in Brüssel ist ein offener Streit über die dürftigen Ergebnisse zum Umbau der Währungsunion entbrannt; dieser soll erst im Sommer des kommenden Jahres konkretisiert werden. Der scheidende Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker äußerte gestern scharfe Kritik und wandte sich damit auch an die Adresse der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bei dem Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs auf die Bremse getreten war.